

3

Fischer klar gegen Minarettverbot

■ „Wäre wie ein
Kirchturmverbot.“

Wien/Paris. In der Debatte um das Schweizer Minarett-Verbot meldet sich Bundespräsident Heinz Fischer zu Wort. Da die anerkannten Religionsgemeinschaften in Österreich gleichberechtigt seien, wäre ein spezielles Minarettverbot genauso verfassungswidrig wie ein Kirchturm- oder Tempelverbot, betonte Fischer anlässlich der Präsentation des Integrationsprojekts „projektXchange“ am Mittwoch.

Österreich sei ein Ort der Begegnung und des Gespräches und nicht ein Ort der Konfrontation und der Feindschaft, sagte Fischer laut einer Aussendung der Präsidentschaftskanzlei. Das gelte auch für den respektvollen Umgang mit den in Österreich gesetzlich anerkannten Kirchen- und Religionsgemeinschaften, meinte er in Anspielung auf Forderungen nach Einführung eines Minarett-Verbots auch hierzulande.

„Als Bundespräsident werde ich mit allen meinen Möglichkeiten darauf achten, dass die österreichische Bundesverfassung

und die im Verfassungsrang stehende europäische Menschenrechtsdeklaration respektiert werden und dass wir den Weg des friedlichen Dialogs zwischen den verschiedenen Religionen und Glaubensbekenntnissen nicht verlassen“, betonte der Bundespräsident. Zum Recht auf freie und ungehinderte Glaubensausübung, das allen anerkannten Religionsgemeinschaften zustehe, gehöre nämlich auch die Errichtung von Gebetshäusern, sofern diese Gebäude den allgemeinen Bauvorschriften entsprechen.

Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy zeigt hingegen Verständnis für das Nein der Schweizer. Bei einem Treffen mit Parlamentariern der Regierungspartei UMP sagte Sarkozy am Dienstagabend, das Votum sei ein Beleg dafür, „dass die Menschen ihre Identität bewahren“ wollen. „Die Franzosen wollen keine Frauen in der Burka (Ganzkörperverhüllung, Anm.) auf den Straßen sehen, aber das heißt nicht, dass sie dem Islam gegenüber feindlich gestimmt sind“, zitierte ein UMP-Abgeordneter Sarkozy. ■